

Die Tahrir-Plätze Europas

→ von Geni Hackmann

Worüber wollen wir uns zuerst lustig machen? Okay, die Economiesuisse. Das ist ungefährlich, da sie ihre wichtigste Abstimmung seit Jahren wohl verlieren wird. Nachdem der Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft, bzw. seine Leute in den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative gegen Abzockerei fünf Jahre lang hin- und hergeschoben haben, versucht er jetzt, seinen Gegenvorschlag als schneller wirkendes Mittel zu verkaufen. Zuerst verzögern, dann angeblich Tempo machen! Das klingt nach Falschspiel, und das ist es auch. Also: «Genau hinschauen», wie von der Economiesuisse empfohlen.

Die Abzocker-Initiative wirkt nur dann langsamer, wenn die neue Verfassungsbestimmung nicht richtig umgesetzt wird, nämlich mit Ausführungsbestimmungen des Bundesrates, ein Jahr nach der Abstimmung. Das wäre dann der 3. März 2014, rund zwei Jahre früher als der Gegenvorschlag greift. Die Behauptung der schnellen Wirkung ist gelogen, bzw. nur dann wahr, wenn die Umsetzung der Initiative durch diejenigen Kreise verschlampt wird, die diese Lüge in die Welt gesetzt haben.

Was mich als Bürger dieses Landes so betroffen macht, ist die Leichtfertigkeit, mit der Politiker Lügen in die Welt setzen und meinen, sie mit teuren Kampagnen zu Wahrheiten befördern zu können. Um das einigermaßen glaubwürdig zu tun, muss man die Lügen selber glauben oder – noch schlimmer – wahr machen. Das ist es, was vielen Menschen das Vertrauen raubt. Das Problem ist, dass die Politiker diese Menschen erst hören, wenn sie auf den Tahrir-Plätzen der Schweiz stehen.

Aber so weit ist es noch nicht. Noch immer glauben viele, es mit Bittibätti schon richten zu können, z.B. die Unentwegten vom Verein Alpeninitiative. Sie haben eine Petition lanciert – eine Bittstellung! – mit dem bisher einzigartigen Verlangen: «Die unterzeichneten Personen fordern den Bundesrat auf, die Verfassung respektieren.» Ja, dieselbe Verfassung, auf die die Damen und Herren der Landesregierung einen Eid geschworen haben.

Worum geht es? Die schlaue Bundesrätin Leuthard, bzw. ihre Einflüsterer wollen für die Zeit der Sanierung des Gotthard-Strassentunnels eine zweite Röhre bohren – was die Verfassung verbietet – und versprechen, sie nach der Sanierung wieder zu schliessen. Selig, wer's glaubt. Sind die milliardenschweren Fakten einmal geschaffen, sind sie nicht mehr zu beseitigen. Und bis Doris Leuthard ihr Versprechen brechen müsste, ist sie längst aus Amt und Würden.

So plump ist man in der Europäischen Union nicht. Der neueste Coup: Pluralismuskontrolle. Eine Expertenkommission im Auftrag der für digitale Fragen zuständigen Kommissarin Neelie Kroes sieht die Pressefreiheit bedroht, durch politische Einflussnahme, kommerziellen Druck und Qualitätsverlust, vor allem weil im Internet jedermann Informationen verbreiten könne. Gemäss dem «Report of the High Level Group on Media Freedom and Pluralism» soll die Pressefreiheit geschützt werden, indem sie eingeschränkt wird. «Unabhängige Medienräte», also nicht-staatliche Organe, sollen «Strafzahlungen verhängen, Gegendarstellungen erzwingen oder Medien die Zulassung entziehen können», wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt. Die Europäische Grundrechteagentur soll die Pressefreiheit und die Meinungsvielfalt kontrollieren und die nationalen Behörden sollen den Pluralismus stärker beachten. Und bei all dem will die EU-Kommission die Einhaltung «europäischer Werte» überwachen. Was mögen das wohl für Werte sein in einem Staatengebilde, das systematisch Verträge bricht (z.B. die Maastricht-Kriterien oder das Bailout-Verbot)?

*«Die unterzeichneten Personen fordern den Bundesrat auf, die Verfassung respektieren.»
Ja, dieselbe Verfassung, auf die die Damen und Herren der Landesregierung einen Eid geschworen haben.*

Es könnte sein, dass die EU den Bogen überspannt. Es war die unsinnige Privatisierung des Wassers, das die weisse Oberschicht Boliviens die Macht kostete und mit Evo Morales den ersten Indigenen ins Präsidentenamt brachte. Dass die Privatisierung der Wasserversorgung ein gefährliches Dossier ist, weiss offenbar auch die EU. Geführt wird es vom Kommissar für Binnenmarkt, Michel Barnier aus Frankreich, wo die Weltmarktführer Veolia und Suez herkommen. Es gehe bei der geplanten Richtlinie gar nicht um Privatisierung, sagt Barnier, sondern «um Transparenz bei der Auftragsvergabe». Haha! Die Klauseln sind so clever und kompliziert, dass sich beispielsweise die Münchner Stadtwerke gar nicht an der Ausschreibung ihres eigenen Geschäfts beteiligen können. Falls die EU-Richtlinie tatsächlich rechtskräftig wird, will sie die CSU in einem «Akt der Notwehr» einfach nicht anwenden. Die indigenen Bayern wehren sich. Wann versammeln sich die Indigenen Europas auf ihren Tahrir-Plätzen? ■

Motto dieser Kolumne ist ein Zitat von Lichtenberg: «Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen.»